

## **Einleitung**

(Geschrieben für Vortrag in Mundart)

Der Robert Nef, Leiter vom liberalen Institut in Zürich, hat anlässlich eines Vortrages folgende These aufgestellt:

### **Der Wohlfahrtsstaat zerstört die Wohlfahrt und den Staat**

Diese Aussage regt zum Nachdenken an.

Ich möchte in den nächsten paar Minuten versuchen dieser These ein bisschen auf den Zahn zu fühlen.

Der Wohlfahrtsstaat ist eine zu ernste Sache, dass man ihn nur den Sozialisten überlassen darf, aber auch die Kritiker sind nur dann ernst zu nehmen, wenn es ihnen gelingt Alternativen aufzuzeigen.

Es ist einfach zu kritisieren, wenn man keine Gefahr läuft, ein eigenes Programm in die Realität umsetzen zu müssen.

Mein Ideal ist nicht

- eine total deregulierte Gesellschaft,
- eine Gesellschaft ohne Verbindlichkeiten,
- ohne Treu und Glauben und ohne Moral und Ethik.

Im Gegenteil:

Eine hoch arbeitsteilige, technisch zivilisierte Gesellschaft braucht Regeln, die Vertrauen und Verlässlichkeit garantieren.

Aber die Regeln müssen nicht zentral und einheitlich befohlen werden. Die Zukunft gehört einer Gesellschaft, die aus mündigen, grundsätzlich eigenständigen, möglichst unterschiedlichen Menschen besteht.

Die Frage heisst nicht: „**Was ist sozial gerecht**“, sie lautet vielmehr: „**Was funktioniert am besten**“.

Etwas das nicht funktioniert, kann nämlich auch nicht gerecht sein.

Der Wohlfahrtsstaat rechnet aber nicht mit eigenständige Menschen.

Folgende 3 Punkte hat Robert Nef dabei erwähnt und herauskristallisiert:

- Die Lust des obrigkeitsstaatlichen Herrschens über gehorsame und gefügte Untertanen.
- Der Schutz- und Führungsbedürftigkeit einer Mehrheit der Menschen
- Der Theorie des Marktversagens im Bereich der Arbeit

Es ist letztlich die Reduktion der Politik in einen Kampf der **Guten** gegen die **Bösen** oder wie bei Karl Marx, für den es nur zwei Klassen gab,

**Ausbeuter und Ausgebeutete.**

Letztlich besteht die Hauptschwäche des Wohlfahrtsstaates nicht darin, dass er immer mehr unbezahlbar wird, aber er sägt am Ast auf welchem er sitzt.

Eine Gesellschaft, in welcher die Menschen verlernen einander spontan und von sich aus beizustehen und zu helfen, ist dem Untergang geweiht.

Es kann doch nicht sein, wenn zum Beispiel meine Eltern pflegebedürftig, meine Kinder studieren wollen, meine Frau berufstätig ist überall der Staat zur Hilfe gebeten wird.

Ich bin überzeugt, dass wir die immer mehr geforderten staatlichen und zwangsfinanzierten Dienstleistungen müssen hinterfragen und allenfalls den Mut haben sie abzubauen.

Der Wohlfahrtsstaat basiert auf der Idee der Umverteilung.

In Deutschland gibt ein durchschnittlicher Facharbeiter zwei Drittel seines Einkommens an den Staat zur Umverteilung.

Es bleibt ihm somit nur noch ein Drittel netto zum Leben.

Auch für die Schweiz gilt: Im Jahre 1990 betrug die Soziallast, also der Gesamtaufwand für die sozialen Einrichtungen, rund 21%.

Heute, 13 Jahre später sind es über 30%.

Umverteilen heisst, den Reichen das, was sie zu viel haben, über Steuern und Abgaben wegzunehmen und diese Mittel den Bedürftigen, die zu wenig haben, zukommen zu lassen.

Das ist unheimlich populär und leuchtet in der Form einer grossen Mehrheit ein.

Was „zu viel“ und was „zu wenig“ ist bleibt kontrovers.

In einer Demokratie entscheidet darüber die Mehrheit.

Es sind nicht nur die „Linken“ und die „Sozialdemokraten“, welche den Wohlfahrts-Staat wollten, es sind wir Alle, darum fällt der Abbau und Abschied so schwer.

Warum muss ein Mahlzeitendienst mit Staatsmitteln verbilligt werden, wenn man doch weiss, dass die grosse Mehrheit der alten Menschen **nicht** zu den Bedürftigen gehören.

Sehr vieles, von dem was die Alten finanziell entlastet, schont letztlich nur das Erbe. Wollen wir das wirklich?

Wer profitiert eigentlich vom jetzigen System?

Die Umverteilung im Wohlfahrtsstaat findet nicht von den Reichen zu den Armen statt.

Die Umverteilung findet in den Mittelschichten statt, die eigentlich gar nicht auf staatliche Zuwendungen angewiesen wären.

Und von den Null-Tarifen im Bildungswesen profitieren eher höhere Schichten, die auf Unterstützung nicht angewiesen wären.

Ich bin der festen Ueberzeugung, dass wir den Mut haben muss, auch über solche Probleme zu sprechen, auch wenn man damit als un-sozial und Utopist bezeichnet wird.

Es geht mir nicht darum, die Armut nicht wollen zur Kenntnis zu nehmen. Armut findet nicht einfach statt. Armut ist die Folge einer verfehlten Politik.

Wer aber glaubt, die finanziellen Probleme unseres Wohlfahrtsstaates durch ein zusätzliches Anziehen der Steuerschraube zu lösen, täuscht sich ganz gewaltig, unabhängig davon, welche politische Meinung er hat. Der Arme wird nicht automatisch reicher, wenn man dem Reichen etwas nimmt.

Führende Soziologen stellen in der Gesellschaft eine Abnahme des Gemeinschaftsgefühl und eine Zunahme des rücksichtslosen Egoismus fest.

Man ist schnell bereit, diesen Prozess dem Neo-Liberalismus anzulasten, das heisst wo der Markt versagt, soll der Staat einspringen. Aber wir kommen hier langsam an Grenzen, welche nicht mehr überschritten werden dürfen.

Was gibt es für Wege aus dieser schwierigen Situation?

Robert Nef schlägt eine entgeltliche Dienstleistung als Ergänzung zur Freiwilligenarbeit vor.

Auch ich bin ein Befürworter der sogenannten Freiwilligenarbeit, auch im Sozialbereich.

Es ist in einer Dienstleistungsgesellschaft völlig normal, für Dienstleistungen – auch für soziale Dienstleistungen – ein Entgelt zu verlangen.

In einer kontinuierlichen Verbesserung und Verfeinerung sozialer Dienstleistungen auf privater Basis steckt ein grosses menschlich und wirtschaftlich attraktives Beschäftigungspotential.

Sinnvoll in diesem Zusammenhang wäre mal ein Blick nach Japan, dort gibt es solche funktionierende Modelle.

Wenn Ihr jetzt den Eindruck gewonnen haben, ich sei grundsätzlich gegen jede Sozialpolitik, ist der Eindruck nicht zutreffend.

Aber für mich gilt der Grundsatz:

**In erster Linie bin ich sozial, wenn ich niemanden zur Last falle und auch niemanden Schaden zufüge.**

Es gibt aber in jeder Gesellschaft Menschen, die nicht in der Lage sind, ihre Probleme eigenständig zu lösen.  
Diese Menschen dürfen von der politischen Gemeinschaft nicht im Stich gelassen werden.  
Im Art.12 der Bundesverfassung ist Recht auf Hilfe in Notlagen festgeschrieben und verankert.  
Für diese Menschen müssen wir, personenbezogen, ein Auffangnetz spannen.  
Den wirklich Bedürftigen muss unbürokratisch und auch nicht geizig geholfen werden und zwar im Sinne von Ergänzung oder eben Ergänzungsleistung, welche keine Almosen darstellen.  
Aber den positiven Nachweis der Bedürftigkeit dürfen wir verlangen.  
Es wäre eine Zumutung an die Gemeinschaft der Steuerzahler, wenn in einem Staat Blindenrenten an Buschauffeure bezahlt würden, so geschehen in unserem Nachbarland Italien.

Die Hilfe im Sinne der Ergänzungsleistung, der Hilfe zur Selbsthilfe, muss an Personen gehen und nicht an Institutionen.  
Jede Einrichtung, die anonym genutzt werden kann, ist schädlich, weil sie den direkten Bezug zwischen Notlage und Hilfe verwischt.  
Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, die Dienstleistung zu konsumieren, welche zu einem normalen Leben gehört.

Bei der Produktion von Dienstleistungen braucht es – auch im Gesundheits- und Bildungswesen – Konkurrenz.  
Gerade weil die beiden Bereiche Schlüsselbereiche sind dürfen sie nicht monopolmässig angeboten werden.

Die von mir hier skizzierten Lösungsvorschläge sind natürlich zu wenig konkret und auch ganz klar zu wenig ausgereift.  
Aber sie sollen und können zu Diskussionen anregen.  
Die Bezeichnung „Sozialabbau“ ist polemisch und falsch.  
Es geht mir vielmehr um einen Aufbruch zu neuen Lösungen, zu privaten und darum nachhaltig tragfähigen sozialen Lösungen.

Diese Umstellung und Neuorientierung ist, wie jede Entziehungskur, kein Sonntags-Spaziergang – und das gilt ganz besonders in einer direkten Demokratie, in der ohne eine überzeugte Mehrheit nichts läuft.

Ich bin mir bewusst, dass man mit meinen Ausführungen nicht alle Probleme der nächsten 20 Jahre lösen kann.  
Aber ich bin überzeugt, dass de-zentrale, und auf Eigenständigkeit basierenden Modell der Gesamt-Gesellschaft mehr Nutzen bringen würde.

Fehler passieren in jedem System.  
Es geht aber in der Politik nicht darum, keine Fehler zu machen, es geht darum uns die Lernfähigkeit und damit einen wesentlichen Bestandteil der Mündigkeit und Eigenständigkeit zu erhalten und immer wieder neu zu erkämpfen.

Besten Dank für Eure Aufmerksamkeit.